

## N i e d e r s c h r i f t

### der öffentlichen Sondersitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 23.06.2010

---

Ort: Stadthaus, Wappensaal, Marktplatz 2, 06100 Halle (Saale),

Zeit: 13:00 Uhr bis 13:48 Uhr

Anwesend sind:

Herr Werner Misch	CDU	13:00 Uhr bis 13:48 Uhr
Herr Raik Müller	CDU	13:00 Uhr bis 13:48 Uhr
Frau Dr. Ulrike Wünscher	CDU	13:00 Uhr bis 13:48 Uhr
Herr Swen Knöchel	DIE LINKE.	13:00 Uhr bis 13:48 Uhr
Herr Dr. Bodo Meerheim	DIE LINKE.	13:00 Uhr bis 13:48 Uhr
Frau Elisabeth Nagel	DIE LINKE.	13:00 Uhr bis 13:48 Uhr
Frau Katharina Hintz	SPD	13:00 Uhr bis 13:48 Uhr
Herr Johannes Krause	SPD	13:00 Uhr bis 13:48 Uhr
Frau Elisabeth Krausbeck	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	13:00 Uhr bis 13:48 Uhr
Herr Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	FDP	13:00 Uhr bis 13:48 Uhr
Herr Tom Wolter	MitBÜRGER für Halle	13:00 Uhr bis 13:48 Uhr

Entschuldigt fehlen:

Herr Bernhard Bönisch	CDU	Vertreter: Frau Dr. Wünscher
Herr Dietmar Weihrich	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Vertreter: Frau Krausbeck

#### zu 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

---

Herr Dr. Meerheim eröffnete die Sitzung, dankte für die Bereitschaft der Mitglieder des Finanzausschusses zur Teilnahme an der Sitzung ohne die Einhaltung von Form- und Fristvorschriften. Auf Nachfrage wurden von keinem Mitglied des Ausschusses Einwände gegen die Ordnungsmäßigkeiten der Einladung geäußert. Somit stellte Herr Dr. Meerheim die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

## **zu 2      Feststellung der Tagesordnung**

---

### **Abstimmungsergebnis:**

11 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen  
einstimmig zugestimmt

### **Beschluss:**

Folgende Tagesordnung wurde festgestellt:

3.      Beschlussvorlagen
- 3.1.    Abänderungsbeschluss zur Haushaltssatzung der Stadt Halle (Saale) für das Haushaltsjahr 2010 - Beitritt zur kommunalaufsichtsbehördlichen Genehmigung vom 21. Juni 2010, AZ 305.4.1-10402-hal-hh2010  
Vorlage: V/2010/09009
4.      Anträge von Fraktionen und Stadträten
5.      schriftliche Anfragen von Stadträten
6.      Mitteilungen
7.      mündliche Anfragen
8.      Anregungen

## **zu 3      Beschlussvorlagen**

---

### **zu 3.1    Abänderungsbeschluss zur Haushaltssatzung der Stadt Halle (Saale) für das Haushaltsjahr 2010 - Beitritt zur kommunalaufsichtsbehördlichen Genehmigung vom 21. Juni 2010, AZ 305.4.1-10402-hal-hh2010 Vorlage: V/2010/09009**

---

An der Diskussion beteiligten sich Herr Misch, Herr Wolter, Herr Knöchel, Herr Dr. Meerheim, Frau Krausbeck, Herr Krause, Frau Oberbürgermeisterin Szabados und Herr Geier.

Herr Geier gab einen Überblick über das Schreiben des LVA vom 21.06.2010 zur kommunalrechtlichen Entscheidung über den Beschluss der Stadt Halle (Saale) über die Haushaltssatzung 2010 und das Haushaltskonsolidierungskonzept. Die Anordnungen des Landesverwaltungsamtes beziehen sich auf die Punkte 1-4. Der Punkt 5 sei der eigentliche Genehmigungsteil und betreffe die Kreditermächtigung. Mit diesen Punkten könne unterschiedlich umgegangen werden. Bei den Anordnungen könne die Stadt in Widerspruch gehen.

Bezüglich des Punktes 5 (Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahme) könne entweder ein Beitrittsbeschluss herbeigeführt oder Klage erhoben werden. Die Verwaltung legt mit der Dringlichkeitsvorlage einen Beitrittsbeschluss vor.

Verwaltungsintern werde das Schreiben analysiert und dann das weitere Verfahren festgelegt, in dem auch der Ausschuss für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften selbstverständlich eingebunden werden wird.

Zu Punkt 3 (Verwendung der VNG-Erlöse) vertritt das Landesverwaltungsamt die Ansicht, dass diese komplett in den städtischen Haushalt zum Abbau Altdefizit einzustellen sind. Die Sicht der Verwaltung sei es, dass diese Verkaufserlöse so eingesetzt werden, dass sie den wirtschaftlich größten Nutzen für den Konzern Stadt erbringen. An diesem Punkt werde die Stadt noch einmal ansetzen.

Der Punkt 5 - Genehmigung der Kreditaufnahme: Von den beantragten 7,5 Mio. € wurde in der Genehmigung auf 4,7 Mio. € reduziert. Diese Kreditgenehmigungssumme hänge mit den Maßnahmen des Konjunkturpaketes II zusammen. Er verwies auf die Vorlage zu TOP 9.1 zur heutigen Stadtratssitzung.

(13:15 Uhr – Frau Szabados kam in die Sitzung.)

Nach Rückfrage aus den Reihen des Ausschusses erläuterte Frau Szabados, dass es die Verwaltung offensichtlich bezüglich der Verwendung der Erlöse aus dem Verkauf der VNG-Anteile nicht geschafft habe, das Landesverwaltungsamt vom Ansatz der Stadt zu überzeugen. Sie tendiere im Moment zu einem Widerspruch gegen diese Anordnung.

Herr Geier fügte an, dass das Landesverwaltungsamt offensichtlich diese Frage streng formal juristisch betrachte und nicht im Vordergrund aus wirtschaftlicher Sicht. In der Vergangenheit waren die Erlöse aus dem Verkauf im Haushaltskonsolidierungskonzept eingeplant.

Mitglieder des Ausschusses führten aus, dass sie die Kritik des Landesverwaltungsamtes an der Arbeit der Verwaltung teilen. In den Raum gestellt wurde die Behauptung, dass der Verkauf der VNG-Anteile im Aufsichtsrat des Stadtwerkekonzerns anders diskutiert worden wäre, wenn nicht die Einnahmen für die Haushaltskonsolidierung eingesetzt werden sollten.

Herr Geier führte aus, dass zum jetzigen Zeitpunkt nicht über die anderen Punkte diskutiert werden sollte. Die Verwaltung habe aktuell einen Beitrittsbeschluss zur Genehmigung der Kredithöhe eingereicht.

Frau Szabados führte aus, dass ein eventueller Widerspruch nicht durch den Rat beschlossen werden müsse. Sie sagte jedoch eine enge Einbindung des Stadtrates zu. Es sei durchaus denkbar, dass beim Landesverwaltungsamt eine Fristverlängerung zur eventuellen Einrichtung eines Widerspruches beantragt werde, um die Einbeziehung des Stadtrates trotz der Sommerpause zu gewährleisten. Sie führte aus, dass diesem Antrag sicher entsprochen werde, da auch die Verwaltung einer zweimaligen Fristverlängerung gegenüber dem Landesverwaltungsamt bezüglich der Genehmigung des Haushaltes zugestimmt habe.

Einige Mitglieder des Ausschusses regten an, gegen den Punkt 3 im Zusammenhang mit Punkt 2 Widerspruch einzulegen.

Frau Szabados betonte, dass ein nicht beanstandeter Haushalt vorliege. Sie möchte keinen pauschalen Widerspruch einlegen, um die Frist einzuhalten, sondern eine verantwortungsvolle Prüfung des Sachverhaltes.

Es wurde die Tischvorlage aus dem Stadtrat 23.06.2010, TOP 9.1 verteilt und darüber diskutiert.

**Abstimmungsergebnis:**

11 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen  
einstimmig zugestimmt

**Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat beschließt gemäß § 44 Absatz 3 Nr. 4 der Gemeindeordnung für das Land Sachsen-Anhalt (GO LSA), in der derzeit gültigen Fassung, den Beitritt der Stadt Halle (Saale) zu der folgenden durch das Landesverwaltungsamt am 21.06.2010, AZ 305-4.1-10402-hal-hh2010 im Rahmen des kommunalaufsichtsbehördlichen Genehmigungsverfahrens zur Haushaltssatzung 2010 der Stadt Halle (Saale) ergangenen Entscheidung:

„Die Genehmigung des in §2 der Haushaltssatzung auf 7.449.400 EUR festgesetzten Gesamtbetrages der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen wird nur bis zu einer Höhe von 4.712.400 EUR erteilt. Im Übrigen jedoch versagt.“

**zu 4 Anträge von Fraktionen und Stadträten**

---

**zu 5 schriftliche Anfragen von Stadträten**

---

**zu 6 Mitteilungen**

---

**zu 7 mündliche Anfragen**

---

**zu 8 Anregungen**

---

Die Tagesordnungspunkte 4 bis 8 wurden nicht behandelt.

Dr. Bodo Meerheim  
Vorsitzender des  
Ausschusses

Egbert Geier  
Beigeordneter  
Finanzen und Personal

Martina Beßler  
Protokollführerin